



## **Bericht**

der Landesregierung

### **Bericht über die Umsetzung des Landesgedenkstättenkonzeptes**

Drucksache 19/956

**Federführend ist das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur**

## Inhalt

Vorbemerkung .....	3
I. Ausgangslage .....	3
II. Umsetzung .....	5
a.) Themenfelder .....	5
1.) Öffentlicher Dialog .....	5
2.) Strukturelle Unterfinanzierung .....	8
3.) Didaktische Landeskonzeption .....	9
4.) Modernisierung Ladelund .....	11
5.) Erinnerungskultur der Landeshauptstadt Kiel .....	13
6.) Neulandhalle .....	13
7.) Jüdische Kultur .....	14
8.) Weiterentwicklung der BGSH .....	18
9.) Professionalisierung im Förderverfahren .....	21
10.) Professionalisierung durch Fortbildungen .....	24
11.) Kooperations- und Partizipationsstrukturen .....	25
12.) Modernisierung von Gedenkstätten .....	26
13.) Weitere Schwerpunkte und Projektförderungen .....	28
• Historische Grundlagenforschung .....	28
• Archivierung .....	28
• Gedenkstättenführer .....	28
• Antrag auf Projektförderung mit Bundesbeteiligung .....	28
14.) Desiderate .....	29
• Exil und Widerstand gegen die NS-Diktatur .....	29
• Aspekte der „Verführungskraft“ und „Volksgemeinschaft“ .....	30
• Gesamtdarstellung zum Nationalsozialismus und dessen Nachgeschichte .....	30
b.) Fazit .....	31
III. Ausblick .....	32

## Vorbemerkung

Der Landtag hat mit der Drucksache [19/956](#) die Landesregierung gebeten, in einer Bestandsaufnahme und Evaluation über die bisherige Umsetzung des Landesgedenkstättenkonzeptes im 1. Quartal 2019 schriftlich zu berichten.

Der Feststellung des Landtages, dass die historische Erinnerungsarbeit in den außerschulischen Lernorten eine gesellschafts- und bildungspolitische Aufgabe ist, und dem Wunsch, gemeinsam mit Ehrenamt und Kommunen und unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung die bedeutsame Gedenkstättenarbeit in Schleswig-Holstein fortsetzen zu wollen, schließt sich die Landesregierung an.

Das „Landeskonzept zur Förderung und Weiterentwicklung von Erinnerungsarbeit an historischen Lernorten zur Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur in Schleswig-Holstein (Landesgedenkstättenkonzept)“ wurde im April 2015 der Öffentlichkeit vorgestellt (Umdruck [18/4312](#)). Als Berichtszeitraum für die Umsetzung wurden daher die Jahre 2015 bis 2018 gewählt.

Die Umsetzung des Landesgedenkstättenkonzeptes wird im Wesentlichen anhand der dort im Kapitel „Zukunft der Gedenkstättenlandschaft und Erinnerungsarbeit in Schleswig-Holstein – Entwicklungsschritte und Förderstruktur“ genannten Themenfelder zur inhaltlichen und strukturellen Entwicklung sowie zu weiteren Schwerpunkten und Projektförderungen erläutert.

## I. Ausgangslage

Das Landesgedenkstättenkonzept bündelt die beiden eng miteinander zusammenhängenden Hauptaufgaben der praktischen Gedenkstättenarbeit: Ressourcenverstärkung und Angebotsverbesserung. Vor diesem Hintergrund verpflichtet sich das Landesgedenkstättenkonzept zum Zeitpunkt der Erstellung zu zwei übergreifenden politischen Zielen: nämlich der Fortführung der kritischen Erinnerung an Herrschaft, Verbrechen und Opfer des Nationalsozialismus mit zeitgemäßen Mitteln in einem demokratischen und pluralistischen Prozess sowie einer nachhaltigen Schärfung des Bewusstseins für die kontinuierliche Gefahr antihumaner und demokratiefeindlicher Entwicklungen – insbesondere an den historischen Orten zur Erinnerung an die Opfer nationalsozialistischen Terrors.

Das Verfahren zur Entwicklung des Landesgedenkstättenkonzeptes wurde strategisch, prozesshaft und transparent angelegt. Erstmals gelang es, in einem breiten Beteiligungsprozess die heterogene Gedenkstättenzene in einer Arbeitsgruppe (7 Sitzungen mit rund 10 Teilnehmenden) und einem Runden Tisch (3 Sitzungen mit jeweils 40-50 Teilnehmenden) zusammenzuführen. Im Landesgedenkstättenkonzept folgt in der *Einführung* eine bundes- und landesweite Bestandsaufnahme und ein Ausblick auf zukünftige Herausforderungen. Im Kapitel *„Zukunft der Gedenkstättenlandschaft und Erinnerungsarbeit in Schleswig-Holstein – Entwicklungsschritte und Förderstruktur“* werden drei Hauptziele benannt:

- Absicherung des Erreichten,
- Professionalisierung von Förderung und Erinnerungsarbeit sowie
- zeitgemäße Vermittlungsformen und Bildungsangebote.

Für die Förderstruktur wurde ein allgemeinverbindliches *Zusammenfassendes Leitbild* als Basis für Zielvereinbarungen definiert. Abgerundet wird das Landesgedenkstättenkonzept durch einen *„Zivilgesellschaftlichen Ausblick“*, der die Bedeutung der Gedenkstätten für die demokratische Gesellschaft aufgreift.

Die Landesregierung bekennt sich zur Fortführung des Landesgedenkstättenkonzeptes. Die Gedenkstättenarbeit soll auf Grundlage des Konzeptes fortgesetzt werden, bestehende Gedenkstätten zur Erinnerung an die Verbrechen der Nationalsozialisten weiter unterstützt und gefördert werden. Durch den neuen Zuschnitt des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur (MBWK) ergeben sich weitere Synergieeffekte. Neben der Zuständigkeit für Gedenkstätten- und Erinnerungskultur sowie die Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten (BGSH) in der Kulturabteilung (25% einer Referentenstelle und einer Sachbearbeitung) gibt es in der Schulabteilung einen Arbeitsanteil bei der Fachaufsicht „Geschichte, politische Bildung“ und im Büro der Ministerin und der Staatssekretäre bei der Stelle Extremismusprävention.

## **II. Umsetzung**

Zur Umsetzung des Landesgedenkstättenkonzeptes wurde eine Leitungsgruppe unter Vorsitz der Kulturministerin eingesetzt. Ihr gehören des Weiteren an: Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhard Fouquet, Dr. Stephan Linck und Dr. Harald Schmid als Vertreter der BGSH, Uta Körby als Vertreterin der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein (LAGSH), als externer Experte Dr. Jens-Christian Wagner, Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, sowie die Abteilungsleiterin Kultur Susanne Bieler-Seelhoff/MBWK. Die Leitungsgruppe tagte bislang einmal jährlich (2. Mai 2017 und 7. März 2018) und wird den Prozess der Weiterentwicklung und zukunftsfähigen Aufstellung der Gedenkstätten und Erinnerungsorte im Land mit Perspektive auf die nächsten zehn bis 15 Jahre aktiv begleiten.

### **a.) Themenfelder**

#### 1.) Öffentlicher Dialog

Das Landesgedenkstättenkonzept sieht sich zwei übergreifenden politischen Zielen verpflichtet: Dem kritischen Erinnerungsprozess an den Nationalsozialismus und der Bewusstseinsschärfung für antihumane und demokratiefeindliche Tendenzen. Die Verständigung darauf führte in den Folgejahren zu einer intensiven Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten. In der Tradition der Runden Tische wurde der Dialog in mehreren öffentlichen Veranstaltungen fortgesetzt:

- Gedächtnisräume. Geschichtsbilder und Erinnerungskulturen in Norddeutschland (mit Prof. Dr. Martin Sabrow), 5. Mai 2015 (Landeshaus)
- Workshop zur Weiterentwicklung der Kieler Erinnerungskultur, 4.-5. September 2015 (Kieler Rathaus)
- Erinnerung und Verantwortung: 70 Jahre nach Kriegsende/20 Jahre nach der ersten Wehrmachtsausstellung, 31. Oktober 2015 (Landeshaus)
- Projektvorstellung Gedenkstätte Ladelund, 3. November 2015 (Landeshaus)
- Regionalkonferenz der LAGSH, 20. November 2015 (Neustadt)

- 4. Bundesweite Gedenkstättenkonferenz: „Historisches Erinnern und Gedenken im 21. Jahrhundert: Die Weiterentwicklung der Landesgedenkstättenkonzeption des Bundes“, 10.-12. Dezember 2015 (Landeshaus)
- 10. Landesgedenkstättentagung: „Nie wieder Krieg?“ Krisen, Kriege und Gedenkorte, 10.-12. Juni 2016 (Bad Malente)
- Wie weiter mit den Gedenkstätten? Fragen und Forderungen an die Landespolitik (Diskussion mit Abgeordneten der im Schleswig-Holsteinischen Landtag vertretenen Parteien), 14. November 2016 (Landeshaus)
- Landespolitik mit Vergangenheit (mit Prof. Dr. Uwe Danker), 18. Januar 2017 (Landeshaus)
- 11. Landesgedenkstättentagung: „Zwischen Vergangenheit und Gegenwart: Gedenkstätten und die Herausforderungen des Rechtspopulismus“, 15.-17. September 2017 (Bad Malente)
- Regionalkonferenz der LAGSH, 12. Januar 2018 (Ahrensböök)
- Lernen für die Demokratie. Gedenkstätten als Orte der historisch-politischen Bildung (Diskussion mit Abgeordneten der im Schleswig-Holsteinischen Landtag vertretenen Parteien), 30. Januar 2018 (Landeshaus)
- Wie weiter mit der Erinnerung an den Nationalsozialismus? Gedenkstätten und Erinnerungskultur zwischen Generationenwechsel, Rechtspopulismus und neuem Antisemitismus, 16. April 2018 (Landesvertretung Berlin)
- Wozu Gedenkstätten? Erinnern an den nationalsozialistischen Zivilisationsbruch heute (mit Prof. Dr. Jan Philipp Reemtsma und Dr. Felix Klein, Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus), 29. Juni 2018 (Landeshaus)
- 12. Landesgedenkstättentagung: „1968 reloaded? Gedenkstätten auf der Suche nach ihrer Bedeutung für die nächste Generation“, 21.-23. September 2018 (Bad Malente)
- „Wozu ein jüdisches Museum heute?“ Podiumsdiskussion anlässlich des 30-jährigen Jubiläums des Jüdischen Museums in Rendsburg, 9. Oktober 2018 (Rendsburg)

Ein wichtiges Instrument des Austausches stellt auch der seit 2012 zweimal im Jahr vom wissenschaftlichen Mitarbeiter der BGSCH herausgegebene Newsletter „Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein“ dar, der auf der Internetseite

[www.gedenkstaetten-sh.de](http://www.gedenkstaetten-sh.de) abrufbar ist. Darin wurden auch die Ergebnisse der Runden Tische protokolliert und dokumentiert sowie über schon erfolgte Umsetzungsschritte des Landesgedenkstättenkonzeptes berichtet.

Der Idee des Landesgedenkstättenkonzeptes, aus einem zeitgeschichtlich-politischen Bewusstsein heraus Maßstäbe zu entwickeln, die in das Bekenntnis zu den Menschenrechten münden, wurde mit einem landesweiten Aktionstag der LAGSH zum 70. Jahrestag der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte am 10. Dezember 2018 entsprochen, an dem sich Ahrensböök, Kaltenkirchen, Ladelund sowie das Jüdische Museum in Rendsburg und der Flandernbunker in Kiel beteiligt haben.

Des Weiteren fanden im Berichtszeitraum zahlreiche Besuche der Kulturministerinnen, der Kulturstatssekretäre sowie von Abgeordneten des Landtages vor Ort in den Gedenkstätten statt. Von besonderer Bedeutung war im August 2018 der Besuch von Ministerpräsident Daniel Günther und Kulturministerin Karin Prien mit dem thüringischen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow in Auschwitz, an den sich eine interreligiöse Gedenkfeier zusammen mit jungen Juden und Muslimen anschloss.



© Staatskanzlei

Abb. 1: Daniel Günther, Karin Prien und Bodo Ramelow in Auschwitz

*Status: umgesetzt/in Umsetzung*

## 2.) Strukturelle Unterfinanzierung

Die im Landesgedenkstättenkonzept konstatierte strukturelle Unterfinanzierung wurde in den letzten Jahren bereits deutlich abgemildert:

Tab. 1: Landesförderung 2015-2019

Jahr	Landesförderung <sup>1</sup>
2015	230,0 T€
2016	280,0 T€
2017	300,0 T€
2018	375,0 T€
2019	375,0 T€
<b>2015-2019</b>	<b>1.560,0 T€</b>

Im Jahr 2014 wurde zwischen dem Kulturministerium und der Nordkirche eine „Ver-  
einbarung über die Finanzierungsbeteiligung an der Gedenkstättenarbeit sowie der  
Förderung der Kultur und des kulturellen Erbes in Schleswig-Holstein“ geschlossen,  
die Ende 2018 auslief. Die Nordkirche verpflichtete sich, zur Sicherstellung der all-  
gemeinen Gedenkstättenarbeit 500,0 T€ bereitzustellen. Diese Kirchensondermittel  
wurden im Anschluss in einer dreijährigen Kontraktförderung durch Landesmittel ver-  
stetigt (siehe dazu auch das Themenfeld „Professionalisierung im Förderverfahren“).

Hinzu kamen weitere investive Landesmittel für Einzelmaßnahmen (siehe dazu auch  
das Themenfeld „Modernisierung von Gedenkstätten“).

Tab. 2: Investive Landesmittel

Einrichtung	Jahr	Maßnahme	Programm	Förderung
Lübeck: Carle- bach-Synagoge	2014-2019	Sanierung	Landes- mittel	2.590,2 T€
Ladelund	2015-2017	Neukonzeption (Kofinanzie- rung zur Bundesförderung i.H.v. 250,0 T€)	IKE	85,8 T€ <sup>2</sup>
Kaltenkirchen	2015/16	Anbau	IKE	70,0 T€
Ahrensböök	2016	Heizungsanlage/Öltank	IKE	5,0 T€
Husum-Schwesing	2017	Haus der Gegenwart	IKE	183,0 T€
Neulandhalle	2017	Historischer Lernort	IKE IMPULS	350,0 T€ 150,0 T€

<sup>1</sup> Zuwendungen für die Förderung der Gedenkstättenarbeit, bis 2017 Tit. 0940-68441 MG 11, ab 2018 Tit. 0740-68441 MG 11

<sup>2</sup> Die Kofinanzierung des Landes aus dem IKE-Programm betrug insgesamt 133,3 T€, davon 47,5 T€ bereits in 2014, also vor der Veröffentlichung des Landesgedenkstättenkonzeptes, ausgezahlt (Übersicht der Gesamtfinanzierung im Themenfeld „Modernisierung Ladelund“).



Gedenkstätten insbesondere: - Ahrensböök - Kaltenkirchen - Flandernbunker	2019	Modernisierung	IMPULS	500,0 T€
<b>Gesamt</b>	<b>2014-2019</b>			<b>3.934,0 T€</b>

Insgesamt wurde seit 2015 bis einschließlich 2019 von Seiten des Landes für die Gedenkstättenförderung 5.494,0 T€ aufgewendet. Hinzu kamen 250 T€ Bundesförderung.

*Status: umgesetzt*

### 3.) Didaktische Landeskonzeption

Das Landesgedenkstättenkonzept sieht eine bis 2018 vorliegende landesweite Konzeption für die Vermittlung der historischen Inhalte sowie die Unterstützung einzelner Einrichtungen für eigene didaktische Konzepte vor. Die Bearbeitung dieses Themenfeld konnte erst mit Verzug begonnen werden, da durch die angestiegene Landesförderung zunächst ein höheres Maß an Projektförderungen abgearbeitet und mehrere Modernisierungsmaßnahmen vor Ort begleitet wurden.

Für die didaktische Landeskonzeption im Sinne einer Weiterentwicklung von Gedenkstätten zum außerschulischen Lernort hat sich die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) mit dem Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH) zu einem Modellprojekt an der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen zusammengeschlossen. Die beispielhafte Konzeptentwicklung unter dem Titel „Nachhaltige Erinnerungskultur für Schulen in Schleswig-Holstein“ wird Anfang 2019 beginnen. Erste Ergebnisse und Handlungsempfehlungen für andere Einrichtungen im Land, um die Gedenkstättenarbeit in den Unterricht zu integrieren, sind für Frühjahr 2020 zu erwarten. Kaltenkirchen bietet sich dafür durch seine enge Zusammenarbeit mit dem Gymnasium Kaltenkirchen und seine „peer-teaching“-Aktionen an, in denen Schülerinnen und Schüler von Jugendlichen ihrer Altersstufe geführt werden. Auf Initiative der damaligen Fachschaftsleiterin Geschichte, Indre Schmalfeld, wurde ein erstes didaktisches Konzept für die Mittel- und Oberstufe entwickelt. Das Prinzip des „Lernens auf Augenhöhe“ ist zwischenzeitlich als „Kaltenkirchener Modell“ bekannt und wurde zuletzt im bundesweiten Gedenkstätten-

Rundbrief vorgestellt. Daraus ergaben sich auch Projektbeteiligungen an *denkmal aktiv*, dem Schulprogramm der Deutschen Stiftung Denkmalschutz.

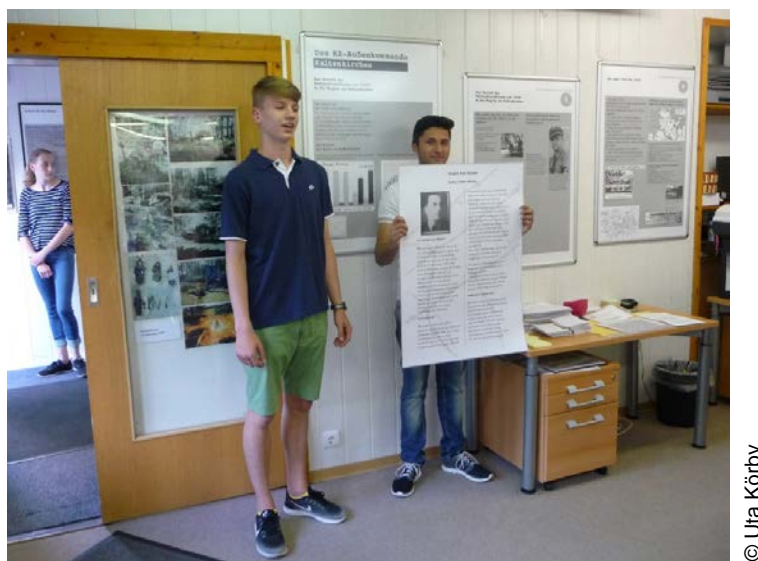


Abb. 2: Schüler der 9. Klasse mit einer *denkmal aktiv*-Plakatausstellung in Kaltenkirchen

Zuvor kamen bereits Kooperationen zwischen Kaltenkirchen, der CAU und der Muthesius Kunsthochschule in Kiel über mehrere Semester zustande. Seit 2016 besteht auch eine feste Schulkooperation zwischen der Kieler Hebbelschule und dem Verein „Mahnmal Kilian“ e.V. in Kiel, dem Trägerverein des Flandernbunkers.

Außerdem begutachtet der Wissenschaftliche Beirat der BGSH, nach einer vorausgehenden Stellungnahme des wissenschaftlichen Mitarbeiters, jeden Projektantrag, der bei der BGSH eingereicht wird (mit Ausnahme der Anträge zu Schülerfahrten), und gibt auch unter didaktischen Aspekten sein Votum ab. Mit der sich daran anschließenden Entscheidung des Vorstandes der BGSH kann somit auch Einfluss auf die didaktische Weiterentwicklung der Gedenkstätten auf Landesebene genommen werden.

*Status: in Umsetzung*

Die Prüfung möglicher Präsentationsformen für eine – im Landesgedenkstättenkonzept angeregte – thematische Ausstellung zur NS-Geschichte und Nachgeschichte ist bislang aufgrund von fehlender zeitlicher Ressourcen noch nicht abschließend erfolgt. Das Themenfeld wird auch Eingang finden in die Überlegungen zu einem Haus der Landesgeschichte, bei dem die BGSH im Beirat beteiligt ist, in Planungen zur Weiterentwicklung der Kieler Erinnerungskultur (siehe eigenständiges Themen-

feld), bei der dauerhaften Sicherung und Digitalisierung von authentischem Material und von Zeitzeugen-Quellen sowie in die Überarbeitung der Internetseite [www.gedenkstaetten-sh.de](http://www.gedenkstaetten-sh.de), die für 2019 avisiert ist.



Abb. 3: Homepage Gedenkstätten in Schleswig-Holstein, Stand 2018

**Status: noch offen**

Erwähnenswert ist an dieser Stelle, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag als gemeinsames Projekt aller Fraktionen die „Geschichtliche Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität nach 1945 in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive“ beauftragt hat. Prof. Dr. Uwe Danker vom Institut für Zeit- und Regionalgeschichte (IZRG) hat seine Untersuchungsergebnisse als Drs. [18/4464](#) Anfang 2017 vorgelegt. Die Studie wird fortgesetzt (siehe dazu auch Drs. [19/684](#)).

**Status: in Umsetzung**

#### 4.) Modernisierung Ladelund

Mit der Modernisierung der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund von Herbst 2014 bis Ende 2017 konnte erstmals ein Antrag aus Schleswig-Holstein in der Bundesgedenkstättenförderung bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und

Medien (BKM) platziert werden. Die Finanzierung der Gesamtkosten von 500,0 T€ ist durch Investitionsmittel des Kulturministeriums (133,3 T€ aus dem Investitionsprogramm Kulturelles Erbe/IKE), Projektmittel der BGSH (66,7 T€), Bundesmittel seitens der BKM (250,0 T€) sowie Eigenmittel der Kirche (50,0 T€) gesichert worden.

Im Mittelpunkt der Modernisierung steht die neue, von der Berliner Historikerin Dr. Angelika Königseder konzipierte Dauerausstellung „Das KZ im Dorf. Geschichte und Nachgeschichte des Außenlagers Ladelund“. Die Modernisierung umfasst ein zeitgemäßes Konzept für die Innenausstellung im Dokumentenhaus und eine Vernetzung der verschiedenen historischen Orte der Gedenkstätte durch ein Wegeleitsystem (ehemaliges Lagergelände, historischer Ort der Zwangsarbeit, die Gräber und die Kirche). Mit der grafischen Umsetzung wurde das Hamburger Gestaltungsbüro gwf-ausstellungen betraut, das bereits Erfahrungen aus Husum-Schwesing aufweisen konnte und so zu einem stimmigen, überregionalen Gesamtbild beitragen konnte. So wurden beispielsweise viersprachige Informationstexte, PC-Vertiefungsstationen und Biografiebücher integriert sowie die Website und eine QR-verknüpfte Audioguide-App neugestaltet.



© MBWK/Dr. Brigit Janzen

Abb. 4: Karin Prien mit Angehörigen bei der Eröffnung in Ladelund

Im Nachgang zu der feierlichen Eröffnung am 18. November 2017 entsteht in Ladelund ein „Garten der Begegnung“ auf einer bisher brachliegenden Fläche von ca. 1.200 Quadratmetern. Kirchenkreis, Förderverein und Landschaftsarchitektinnen und -architekten gestalten hier gemeinsam mit rund 50 Freiwilligen aus Ladelund und der niederländischen Gemeinde Putten einen Ort, der Menschen zum Innehalten einlädt. Die Kosten werden aus Spenden finanziert: Ein Drittel der rund 30,0 T€, nämlich über 11,4 T€, sind aus einer Crowdfunding-Initiative der VR Bank Nord eG hervorgegangen. Ende September 2018 wurde der Garten als Zeichen der Solidarität eröffnet.

*Status: umgesetzt*

#### 5.) Erinnerungskultur der Landeshauptstadt Kiel

Die BGSH hat sich aktiv in die Erarbeitung eines zeithistorischen Erinnerungskonzeptes für die Landeshauptstadt Kiel eingebracht. Der im Herbst 2014 auf Initiative der BGSH eingesetzte Begleitausschuss überreichte der Stadtverwaltung im Oktober 2015 eine Konzeption. Die Ratsversammlung beschloss die Einrichtung einer hauptamtlichen Stelle, auch hier war die BGSH am Bewerbungsverfahren beteiligt. Zum 1. Februar 2017 wurde die Referentenstelle mit dem Historiker Gerrit Schirmer besetzt. Er hat die „Kerngruppe Kieler Erinnerungskultur“ als Begleitgremium ins Leben gerufen, um in einem offenen und breiten Prozess alle relevanten Akteure der lokalen Erinnerungskultur einzubeziehen. Dabei stehen insbesondere eine zeitgemäße Infrastruktur und ein Zentrum der Erinnerungsarbeit im Fokus. Nach intensiven Diskussionen hat die Landeshauptstadt im September 2018 eine neue Idee vorgelegt: Im neu erworbenen ehemaligen Gebäude der Bundesbank, also in einem nicht-historischen Ort in der Innenstadt in der Nähe zum Hauptbahnhof<sup>3</sup>, könnte ein „Zentrum für Erinnerungskultur“ neben dem Stadtarchiv aufgebaut werden. Damit ist die Hauptintention des breiten Diskussions- und Suchprozesses der letzten vier Jahre, einen historischen Ort zu identifizieren – etwa das ehemalige Marine-Untersuchungsgefängnis in Kiel-Wik – und zu einem zentralen Ort der Kieler, aber auch der schleswig-holsteinischen Erinnerungskultur als „Haus der Demokratie“ zu entwickeln, zwar infrage gestellt, dennoch besteht das Bemühen der Gremiumsmitglieder, diesen Vorschlag wohlwollend zu prüfen. Die politische Entscheidung ist derzeit noch nicht getroffen.

*Status: dauerhaft in Umsetzung*

#### 6.) Neulandhalle

Der Antrag auf Bundesförderung zum Konzept „Historischer Lernort Neulandhalle“ wurde 2013 von der BKM abgelehnt, eine Kofinanzierung aus Bundesmitteln war somit ausgeschlossen. Nach einem umfangreichen Gesprächs- und Abstimmungsprozess wurde mit Wirkung zum 1. Juli 2017 zwischen dem Eigentümer der Neu-

---

<sup>3</sup> Ecke Hopfenstraße/Ringstraße

landhalle, dem Kirchenkreis Dithmarschen, und dem Land Schleswig-Holstein ein Vertrag über die Sicherung des Gebäudes als bedeutendes Kulturdenkmal und über den Aufbau als Historischer Lernort geschlossen. Über fünf Jahre unterstützen die Nordkirche (1 Million Euro) und das Land (500 T€) ein Projekt unter fachlicher Begleitung von Prof. Dr. Uwe Danker, ohne dass diese Mittel der übrigen Gedenkstättenlandschaft abgezogen wurden. Im Kern geht es darum, den Verfall des authentischen Denkmals in Dieksanderkoog zu stoppen und es so als Hauptexponat zu erhalten sowie um die Entwicklung einer frei zugänglichen Außenausstellung und die nötige institutionelle Vernetzung. Geplant sind Konzeptionen für die Öffentlichkeitsarbeit und für Gruppenführungen sowie eine flankierende Bildungsarbeit durch den Verein Volkshochschulen in Dithmarschen e.V., da es – im Unterschied zu anderen Gedenkstätten und Erinnerungsorten im Land – vor Ort weder eine Erinnerungsinitiative noch einen entsprechenden Förderverein gibt. Die Eröffnung des Historischen Lernortes ist für voraussichtlich Sommer 2019 angekündigt. Bis 2021 ist eine Evaluation des Projektes vorgesehen, auf deren Basis dann in gemeinsamer Verantwortung zwischen Träger und Land über die zukünftige Träger- und Eigentümerstruktur und den Fortbestand des Ausstellungs- und Bildungsprojektes entschieden werden soll.

*Status: in Umsetzung*

## 7.) Jüdische Kultur

Die jüdische Kultur ist ein fester und wichtiger Bestandteil der schleswig-holsteinischen Geschichte und Erinnerungspolitik. Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat im November 2018 einen Staatsvertrag verabschiedet, der die Förderung des jüdischen Lebens im Landtag erstmals auf eine gesetzliche Grundlage stellt. Gleichzeitig hatte die Landesregierung nach Verhandlungen mit den Landesverbänden die Erhöhung der Landesmittel von 500 T€ auf 800 T€ ab 2018 mit einer jährlichen Dynamisierung ab 2019 beschlossen. Kulturministerin Karin Prien und die Vorsitzenden der jüdischen Landesverbände Igor Wolodarski und Walter Blender unterzeichneten den neuen „Vertrag über die Förderung jüdischen Lebens in Schleswig-Holstein“ am 8. November 2018. Die Zuschusssteigerung ermöglicht den Verbänden die Einstellung von Rabbinern und den Ausbau der Jugendarbeit. Bereits seit 2014 beteiligt sich das Land mit insgesamt 2.590,2 T€ an der Sanierung der historischen Carlebach-Synagoge in Lübeck. Sie wird noch bis Ende 2019 mit einem



Gesamtaufwand i.H.v. 7.908,5 T€ – davon 3.580,0 T€ Bundesmittel – instandgesetzt und steht danach der jüdischen Großgemeinde Lübeck wieder zur Verfügung; außerdem wird sie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.



© Tomas Schröder-Berkentien

Abb. 5: Sanierung der Carlebach-Synagoge Lübeck

Im November 2018 feierte das Jüdische Museum in Rendsburg sein dreißigjähriges Jubiläum und stellte seine Pläne zur Ausstellungsüberarbeitung vor. Die letzten Jahre waren bereits durch eine neu aufgestellte, professionelle Vermittlungsarbeit geprägt. Nun sollen die Aktivitäten für die Schulen und die Ausrichtung auf die Gegenwart verstärkt werden. 2017/18 fand im Jüdischen Museum eine bundesweit beachtete Ausstellung unter dem Titel „Die Exodus-Affäre – Schleswig-Holstein und die Gründung Israels“ statt: **1947 brachen 4.500 Holocaust-Überlebende mit einem maroden Schiff, der Exodus, nach Palästina auf. Sie wurden von den Briten abgefangen, zurück nach Deutschland gebracht und wochenlang in Lagern nahe Lübeck festgehalten.**

2018 fanden zahlreiche Veranstaltungen zur 70-Jahrfeier des Staates Israel statt. So war Israel etwa der Themenschwerpunkt des Literatursommers des Literaturhauses Schleswig-Holstein. Ende November 2018 lud die CAU zu einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung unter der Überschrift „70 Jahre Israel: Antisemitismus und ‚Israelkritik‘“. Im Fokus stand der Wunsch nach einer starken Verantwortungsgemeinschaft im gesellschaftlichen Zusammenleben in Deutschland und Schleswig-Holstein.

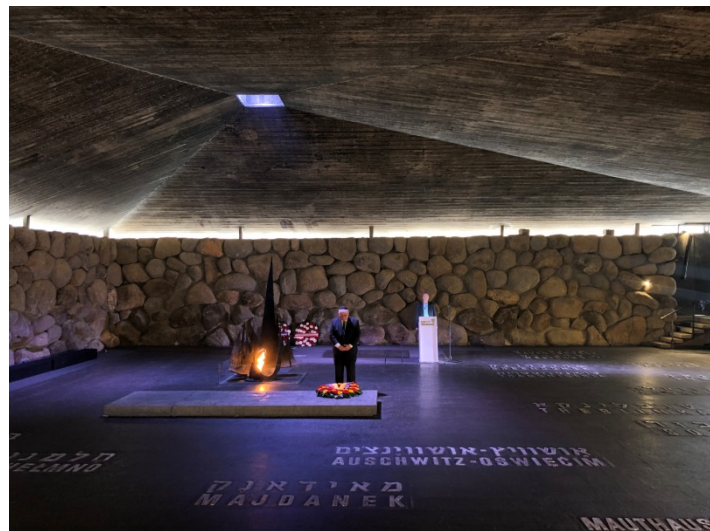
Die regierungstragenden Parteien – CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP – haben sich im Koalitionsvertrag bereits klar gegen jede Art von Antisemitismus ausgesprochen. Zahlreiche Aktionen unterstreichen diese Haltung: So hat etwa Justizministerin Sabine Sütterlin-Waack im Juni in der Justizministerkonferenz antiisraelische Vorfälle auf das Schärfste verurteilt und ein einstimmiges Bekenntnis gegen jede Form von

antisemitischen Kundgebungen auf Länderebene erwirkt. Das Landesdemokratiezentrum Schleswig-Holstein (LDZ) nimmt über seine Anbindung beim Landespräventionsrat (LPR) einen ressortübergreifenden Auftrag wahr. Es ist dienstlich im Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration (MILI) angesiedelt. Im Berichtszeitraum wurden verschiedene Projekte und Maßnahmen gegen Antisemitismus gefördert: So etwa das „Zentrum für Betroffene rechter Angriffe e.V.“ (zebra e.V.), das Betroffene, Angehörige und Zeugen u.a. nach antisemitischen Angriffen berät, sowie die Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus, die u.a. zum Umgang mit Antisemitismus beraten und Workshops zum Thema anbieten. Mit dem Querschnittsthema „Antisemitismus und Verschwörungstheorien“ befasst sich phänomenübergreifend ein Facharbeitskreis beim LDZ. Im März 2018 hat die erste landesweite Demokratiekonferenz Schleswig-Holstein des LDZ stattgefunden, auf der sich ein Workshop explizit „Antisemitismus und Verschwörungstheorien heute“ widmete. Zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus hat der LPR u.a. den Vortrag eines Auschwitz-Überlebenden und die Verlegung sog. „Stolpersteine“ in Kellinghusen gefördert. Im September 2018 ist zudem die vom LDZ geförderte landesweite Informations- und Dokumentationsstelle Antisemitismus Schleswig-Holstein (LIDA SH) als erste unabhängige Meldestelle in einem Flächenland gestartet. Hintergrund ist u.a. das hohe Dunkelfeld in diesem Bereich. Dabei werden auch Vorfälle dokumentiert, die nicht bei der Polizei angezeigt wurden oder unterhalb der Strafbarkeitsgrenze liegen. LIDA SH ist auf Grund der thematischen Verschränkung bei zebra e.V. angesiedelt. Bildungsministerin Karin Prien hat eine Datenbank für die Erfassung von religiös motiviertem Mobbing in Schulen – ob antisemitisch, islamistisch oder rechtsextremistisch begründet – initiiert. Im MBWK wurde dazu eine eigene Stelle im Bereich Extremismusprävention und Intervention eingerichtet. In den FAQs und Handlungsempfehlungen für die Schulleitungen sowie in Fortbildungen und Fachtagen des IQSH wird ausdrücklich dazu aufgefordert, Position zu beziehen und klare Grenzen aufzuzeigen.

Der Landtag hat mit der Reise des Ältestenrates Ende November/Anfang Dezember 2018 nach Israel ebenfalls ein klares Zeichen gesetzt. Die Haltung der schleswig-holsteinischen Landesregierung und des Landtages sind klar und eindeutig: Antisemitismus in seinen unterschiedlichen Ausprägungen ist nicht hinnehmbar und hat keinen Platz in Schleswig-Holstein. Beim Besuch des Holocaust-Museums Yad Vashem in



Jerusalem trug sich Landtagspräsident Klaus Schlie nach der Kranzniederlegung in das Gästebuch der Gedenkstätte ein und betonte im Namen aller Abgeordneten: Das Entgegenreten jeglicher Art von rassistischer und antisemitischer Hetze „ist den Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages eine Verpflichtung – wir sind uns unserer Verantwortung zutiefst bewusst“.



© Landtag/Vivien Albers

Abb. 6: Klaus Schlie in Yad Vashem

Des Weiteren besteht seit Mai 2017 zwischen der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem und Schleswig-Holstein eine Kooperationsvereinbarung. Für eine vertiefte fachliche Diskussion über den Holocaust in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften können Studienfahrten mit 500 € pro Teilnehmer/in unterstützt werden. Die Gedenkstätte hat zwischenzeitlich in diversen Sprachen, darunter auch in Deutsch, Unterrichtsmaterialien erstellt, die den schleswig-holsteinischen Schulen zur Verfügung gestellt werden können.

Dem in diesem Zusammenhang im Landesgedenkstättenkonzept erwähnten Thema Provenienzforschung haben sich in den vergangenen Jahren insbesondere die Stiftung Schleswig-Holsteinischen Landesmuseen Schloss Gottorf und die Kunsthalle Kiel gewidmet und mehrere Werke restituiert, also an ihre rechtmäßigen Eigentümerinnen und Eigentümer oder deren Erben zurückgegeben.

*Status: dauerhaft in Umsetzung*

## 8.) Weiterentwicklung der BGS

Das Landesgedenkstättenkonzept sieht die BGS als Plattform für die Gedenkstättenarbeit mit Steuerungs-, Professionalisierungs- und Servicefunktionen für die Gedenkstättenlandschaft sowie mit Hilfeleistungen für ehrenamtliche Einrichtungen<sup>4</sup>.

Im Mittelpunkt der Weiterentwicklung der BGS stand zunächst die personelle Verstärkung. So wurde etwa die Stelle des wissenschaftlichen Mitarbeiters Dr. Harald Schmid von 50% auf 100% angehoben. Sein Aufgabengebiet umfasst v.a. die inhaltliche Beratung und Begleitung von Projekten. Außerdem vertritt er – im Sinne eines impulsgebenden Netzwerkgedankens – in diversen Gremien und Arbeitsgemeinschaften, Begleitausschüssen und Projektbeiräten sowie in Vorträgen und Aufsätzen die Belange der Gedenkstätten, so z.B. auch in der Themengruppe „Demokratie stärken“ im Rahmen des Neuen Kulturdialoges. Darüber hinaus engagieren sich mehrere Mitglieder des Vorstandes und des Wissenschaftlichen Beirates in Lenkungsgruppen an der inhaltlichen Weiterentwicklung der Gedenkstätten und der Erarbeitung von Konzepten, so dass landesweit auf der Basis des Landesgedenkstättenkonzeptes eine einheitliche Linie verfolgt wird. Hierzu trug auch bei, dass der Wissenschaftliche Beirat gestärkt und seit 2017 mit der satzungsmäßig vorgesehenen Höchstzahl von sieben Mitgliedern voll besetzt werden konnte. Der wissenschaftliche Beirat gibt zu jedem Antrag sein Fachvotum ab und bringt sich aktiv in die inhaltliche Arbeit der BGS ein.

Tab. 3: Vorstand der BGS

Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhard Fouquet (Vorsitzender)	Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Historisches Seminar
Dr. Stephan Linck (stv. Vorsitzender)	Evangelische Akademie der Nordkirche, Arbeitsbereich Erinnerungskultur
Dr. Christian Meyer-Heidemann	Landesbeauftragter für politische Bildung
Dr. Jutta Müller	Dithmarscher Landesmuseum
Dr. Christian Walda (bis Ende 2018)	Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen

<sup>4</sup> Die Beratung kann auch von kleineren ehrenamtlichen Initiativen, die bislang nicht im Landesgedenkstättenkonzept erwähnt sind, in Anspruch genommen werden, wie etwa in Itzehoe (AG Mahnen) oder in Glinde (AG Geschichtswerkstatt zum Zwangsarbeiterlager Wiesenfeld).

Tab. 4: Wissenschaftlicher Beirat der BGSH

Prof. Dr. Karl Heinrich Pohl (Vorsitzender)	Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Historisches Seminar
Dr. Detlef Garbe	KZ-Gedenkstätte Neuengamme
Prof. Dr. Dr. Rainer Hering	Landesarchiv Schleswig-Holstein
Dr. Ulrike Jureit	Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur
Dr. Beate Meyer	Institut für die Geschichte der deutschen Juden
Prof. Dr. Astrid Schwabe	Europa-Universität Flensburg, Public History/Historisches Lernen im Sachunterricht
Dr. Sönke Zankel	Ludwig-Meyn-Gymnasium Uetersen sowie Christian- Albrechts-Universität zu Kiel, Lehrerbildung

Des Weiteren wurden die Landesmittel zum Haushaltsjahr 2016 um 50,0 T€ für die Einrichtung einer Servicestelle aufgestockt. Die halbe Stelle ist insbesondere für administrative Beratung und Abwicklung der Förderanträge zuständig. Seit April 2016 liegen die Arbeitsschwerpunkte der Kulturmanagerin neben administrativen Tätigkeiten wie z.B. der Bearbeitung von Förderanträgen und der Unterstützung im Vorfeld bei der Antragstellung, der Beantragung von Landesmitteln und dem Finanzcontrolling in der Beratung aller Gedenkstätten und Erinnerungsorte in wichtigen organisatorischen und museumspädagogischen Fragen. Dazu zählen Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, das Marketing der Gedenkstätten sowie die Hilfestellung bei Projektentwicklungen und -umsetzungen. Während ihrer Elternzeit wird die Stelleninhaberin vertreten.

Ein Aspekt ist u.a. die Betreuung der Schülerfahrten. Seit dem Haushaltsjahr 2014 stehen gesondert Mittel für die Bezuschussung von Schülerfahrten zu den Gedenkstätten in Schleswig-Holstein sowie nach Neuengamme im Haushalt der BGSH i.H.v. 10,0 T€ zur Verfügung. Möglichst allen Jugendlichen soll in ihrer Schulzeit die Möglichkeit geboten werden, eine Gedenkstätte mit Bezug zu NS-Verbrechen zu besuchen, eingebettet in das Unterrichtsgeschehen und qualitativ betreut mit Vor- und Nachbereitung.

Tab. 5: Schülerfahrten

<b>Jahr</b>	<b>Fahrten</b>	<b>Förderung</b>
2015	13	9.460 €
2016	18	11.579 €
2017	17	9.977 €
2018	40	21.059 €

Aufgrund der gestiegenen Nachfrage – auch durch Werbemaßnahmen des MBWK – wurden die Mittel für 2018 auf 15,0 T€ erhöht und unterjährig zu Beginn des Schuljahres 2018/19 um weitere 8,0 T€ durch das Land und 7,0 T€ durch die BGSH ergänzt. Für 2018 standen also insgesamt 30,0 T€ zur Verfügung.

Darüber hinaus gibt es seit dem Schuljahr 2016/17 durch die Kooperation des schleswig-holsteinischen Bildungsministeriums mit der Essener Bethe-Stiftung eine weitere Fördermöglichkeit für Klassenfahrten ins heutige Polen zu den Gedenkstätten Auschwitz, Majdanek, Treblinka, Belzec, Sobibor und Kulmhof. Umgesetzt wird die Förderung über das Internationale Bildungs- und Begegnungszentrum (IBB) in Dortmund.

Der BGSH ist es 2017 gelungen, eine weitere Zustiftung zum Stiftungsvermögen zu generieren, nämlich von Seiten der Förde Sparkasse. Bei der Neuanlage soll ein Teil des Stiftungsvermögens unter ethischen Aspekten in einen Nachhaltigkeitsfonds angelegt werden. Das Thema Fundraising wird bislang vorwiegend von dem Projekt ProGedenkstätten betrieben, das in der Trägerschaft des Kirchenkreises Nordfriesland versucht dazu beizutragen, die Gedenkstätten finanziell zu unterstützen. Durch das Zukunftsprogramm Wirtschaft des Landes Schleswig-Holstein erfolgte aus Mitteln der Europäischen Union zunächst eine Anschubfinanzierung bis Ende 2015. In diesem Jahr gelang es u.a. zum 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges eine Charity-Rose namens „Friedenslicht“ zugunsten der Gedenkstätten und Erinnerungsorte zu initiieren: Dieses Corporate Social Responsibility (CSR)-Projekt wurde über zehn Jahre mit der Firma Rosen Tantau in Uetersen vereinbart und hat bislang ca. 15,0 T€ zzgl. Sachspenden in gleicher Höhe für die Gedenkstätten erbracht. Um die Jahreswende 2016/2017 konnten für Husum-Schwesing rund 8,2 T€ zweckgebunden eingeworben werden, für Ladelund ca. 31,0 T€.

Neben dem Vorsitz des Stiftungsrates der BGSH durch die Kulturministerin, die die Landesregierung vertritt, konnte durch die Neuberufung der beiden Landtagsabge-

ordneten Beate Raudies (SPD) und Klaus Schlie (CDU) auch eine stärkere Einbeziehung der parlamentarischen Ebene erreicht werden.

Für eine zunächst vorgesehene Umwandlung der bisher bürgerlich-rechtlichen Stiftung BGSH in eine rechtsfähige öffentlich-rechtliche Stiftung liegen nach Auskunft der Stiftungsaufsicht des MILI die Voraussetzungen nicht vor. Ein vom Kulturministerium beauftragtes Rechtsgutachten betätigte diese Auffassung bei der derzeit gültigen Rechtslage. Frau Prof. Birgit Weitemeyer vom Institut für Stiftungsrecht an der Hamburger Bucerius Law School bilanziert: „Die vorgesehene Erweiterung des Stiftungszwecks ist [...] zur Gänze weder auf der Grundlage der satzungsgemäßen noch der gesetzlichen Bestimmungen möglich. Eine Umwandlung der BGSH in eine öffentlich-rechtliche Stiftung vermag daran nichts zu ändern.“ Ob die Stiftungsrechtsreform des Bundes, die nicht vor 2019 erwartet wird, hierzu ggf. Änderungen vorsieht, bleibt derzeit offen.

Zurzeit wird mit der Stiftungsaufsicht abgestimmt, ob die Anzahl der Vorstandsmitglieder erweitert und ob der Stiftungsratsvorsitz an das Amt der Kulturministerin/des Kulturministers (statt der Ministerpräsidentin/des Ministerpräsidenten) gebunden werden kann. Änderungen der Stiftungssatzung mit dem Ziel der Weiterentwicklung der BGSH sind nur im Rahmen der – engen – stiftungsrechtlichen Voraussetzungen möglich. Satzungsänderungen bedürfen der Genehmigung der Stiftungsaufsicht.

*Status: umgesetzt/in Umsetzung*

#### 9.) Professionalisierung im Förderverfahren

Die Forderung aus dem Landesgedenkstättenkonzept nach jährlichen Zielvereinbarungen mit der BGSH wurde erstmals 2017 mit einer schriftlichen Vereinbarung zwischen dem Kulturministerium und dem Vorstand der BGSH insbesondere über Maßnahmen inhaltlicher und organisatorischer Art erfüllt. Die Evaluation ergab die Erfüllung der vorgegebenen Kennzahlen. So wurden in 2017 beispielsweise 45 Fördermaßnahmen bewilligt, darunter 17 Schülerfahrten und 7 Veranstaltungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Des Weiteren fanden Gremiensitzungen des Vorstandes und des Wissenschaftlichen Beirates auch in Einrichtungen vor Ort statt, um sich ein konkretes Bild im Land zu machen.

Unter diesen Voraussetzungen wurde der BGSH ab 2018 eine Kontraktförderung ermöglicht. Der dreijährige Fördervertrag ist ein wesentliches kulturpolitisches Instrument der Landesregierung für mehr Zielorientierung, Transparenz und Verbindlichkeit, da Landesförderungen mittelfristig abgesichert sowie Strukturen und Prozesse für alle Beteiligten nachvollziehbar werden. Die vertragliche Regelung einer Kontraktförderung wurde für die Jahre 2018 bis 2020 gewählt und im Landeshaushalt mit einer Verpflichtungsermächtigung hinterlegt, um der BGSH ihrer Bedeutung entsprechend noch mehr Planungssicherheit zu geben. Für die BGSH wurden insbesondere Aufgaben definiert, um – gemäß den Vorgaben des Landesgedenkstättenkonzeptes – das Selbstbewusstsein der Akteure und Institutionen zu stärken, die Professionalisierung der Kulturellen Infrastruktur zu fördern, zum Ausbau der kulturellen und historisch-politischen Bildung beizutragen, die Öffentlichkeitsarbeit für die schleswig-holsteinische Gedenkstättenlandschaft zu unterstützen, die kulturellen Wandlungs- und Entwicklungsprozesse in den ländlichen Räumen zu begleiten und die Mitgestaltung einer offenen und demokratischen Gesellschaft voranzutreiben.

In dem Kontrakt ist auch ausdrücklich die Weitergabe von Projektmitteln im Rahmen einer Beleihung geregelt. Auch hier besteht die Möglichkeit für die BGSH, überjährige Förderungen für die weitergeleiteten Mittel auszusprechen. Die Fördergrundsätze der BGSH (Voraussetzungen, Antragstellung, Antragsfristen etc.), die Transparenz, fachliche Klarheit und Vergleichbarkeit des Vorgehens gewährleisten sollen, sind auf der Internetseite [www.gedenkstaetten-sh.de](http://www.gedenkstaetten-sh.de) abrufbar. Im Rahmen einer klaren Strukturierung und Prioritätensetzung der Gedenkstättenförderung in Schleswig-Holstein werden zugleich Perspektiven für bestehende Einrichtungen geschaffen und Förderungen für inhaltlich und zeitlich befristete Projekte realisiert. Die Förderungen zum laufenden Betrieb setzen die Erfüllung besonderer fachlicher und didaktischer Standards voraus, wie etwa ein wissenschaftliches, didaktisches und pädagogisches Konzept.

Tab. 6: Förderungen 2015-2019 (in T€)

	2015	2016	2017	2018	2019
Zuwendung Land	230,0	280,0	300,0	383,0 <sup>5</sup>	375,0
Kofinanzierung Bundesförderung: Ladelund	10,4	29,0	18,9		
Projektförderungen zum laufenden Be- trieb:	55,0	60,0	60,0	112,5	222,5
• Ahrensbök	5,0	10,0	10,0	25,0	55,0
• Husum-Schwesing				15,0	20,0
• Kaltenkirchen	20,0	20,0	20,0	25,0	30,0
• Ladelund	30,0	30,0	30,0	30,0	50,0
• Gedenkstätte Lutherkirche				15,0	15,0
• Mahnmal Kilian					50,0
• LAGSH				2,5	2,5
Projektförderungen inhaltlich und zeit- lich begrenzter Projekte:	137,3	103,2	115,5	137,8	88,7
• Schulexkursionen	10,0	11,6	10,0	21,0	30,0
• Wissenschaftspreis/Jugend- wettbewerb (alternierend)		2,0		2,0	3,0
• Landesgedenkstättentagung		2,5	2,0	2,0	2,0
• Qualifizierung	14,4	6,5	6,0	8,5	10,0
• Einzelne Projekte	112,9	80,6	97,5	104,3	43,7

Seit 2017 unterstützt die BGSCH den Transformationsprozess von der Ehrenamtlichkeit hin zu mehr Hauptamtlichkeit und nimmt einen Strategiewechsel vor. Nach zunächst drei Einrichtungen werden 2019 erstmals sechs Gedenkstätten eine Förderung projektbezogener Personal- und Verwaltungsausgaben erhalten: Ladelund (50,0 T€ für ein Jahr), Kaltenkirchen (98,0 T€ für zwei Jahre), Ahrensbök (55,0 T€ für ein Jahr), Gedenkstätte Lutherkirche Lübeck (30,0 T€ für zwei Jahre), Husum-Schwesing (40,0 T€ für zwei Jahre), Flandernbunker Kiel (50,0 T€ für zwei Jahre). Der Anteil der verausgabten Mittel zum laufenden Betrieb wurde damit seit 2015 von rund 24% auf knapp 60% deutlich erhöht und das Verhältnis zu den Projektförderun-

<sup>5</sup> 375,0 T€ aus der Kontraktförderung sowie zusätzliche 8,0 T€ für Schülerfahrten (siehe S. 19)

gen für inhaltlich und zeitlich begrenzte Projekte umgekehrt. Diesen Anstrengungen ist ihre Ausrichtung auf Nachhaltigkeit gemein und ihr Bestreben, die Gedenkstättenarbeit dauerhaft und auch institutionell in der jeweiligen Region zu verankern. Wünschenswert sind politische Entscheidungen über regionale Trägerschaften auf kommunaler und Kreisebene, in die ggf. auch Stundenkontingente von Lehrkräften einfließen könnten. Hier hat sich beispielsweise in den letzten Jahren die Trägerschaft der Stiftung Nordfriesland, die für die Förderung und Finanzierung der Kultur und Erwachsenenbildung im Kreis Nordfriesland verantwortlich zeichnet, für die KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing bewährt. Positive Entwicklungen zeichnen sich auch in Ahrensböök ab durch Fördermittel der Sparkassenstiftung Holstein und Stormarn, durch weitere Beteiligungen von Umland- und Kirchengemeinden und die Aufstockung von Mitgliedsbeiträgen.

Zudem sieht der Fördervertrag des Landes vor, dass eine Alleinfinanzierung durch die BGSH in der Regel ausgeschlossen ist. Bei öffentlich-rechtlicher Trägerschaft wird ein Eigenanteil des Antragstellers von 20 Prozent erwartet, bei ehrenamtlicher Trägerschaft von fünf Prozent. Die BGSH hat im Einvernehmen mit dem MBWK Erleichterungen bei der Gewährung von Zuwendungen an ehrenamtlich geführte Einrichtungen zugelassen. Neben standardisierten Antragsformularen hat auch die Einführung der Antragsfristen zum 1. Februar und zum 1. Oktober zu einer Entzerrung und damit Erleichterung der Bearbeitung geführt.

Nach der Evaluation wird eine Fortschreibung des Kontraktes um weitere drei Jahre für 2021-2023 angestrebt.

*Status: umgesetzt/dauerhaft in Umsetzung*

#### 10.) Professionalisierung durch Fortbildungen

In den letzten Jahren sind von der LAGSH zahlreiche Fortbildungen angeboten worden, um gerade auch ehrenamtlich Engagierten die Möglichkeit zur Weiterqualifizierung zu bieten. Neben einer Langzeitqualifizierung mit insgesamt sieben Modulen zur Organisationsentwicklung (12/2014-1/2016) wurden u.a. Workshops zu folgenden Themen organisiert: pädagogische Vermittlungsarbeit, Denkmalschutz, Methodenkompetenz, Archivierung, Projektmanagement sowie zu der Frage „Haben Gedenkstätten ein politisches Mandat?“ Des Weiteren fand jährlich eine Exkursion statt:



Frøslev und Harrislee (2016), Bergen-Belsen (2017) und Denk-Ort Bunker Valentin in Bremen (2018).

Durch die Zusammenarbeit mit dem Projekt „Museumsberatung und -zertifizierung“ wird der Professionalisierungsprozess weiter vorangetrieben. Gedenkstätten und Erinnerungsorte sind analog zu den Museen gefordert, zeitgemäße Dauerausstellungen und didaktische Konzepte zu entwickeln, ihre Sammlung zu dokumentieren und fachgerecht zu bewahren, über ihre Inhalte zu forschen und eine angemessene Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Dies betrifft auch die Digitalisierung und Speicherung von Archivalien und Interviews, um dem Verschwinden der Zeitzeugen zu begegnen. Das Verfahren der Zertifizierung wurde nun für die speziellen Bedürfnisse der schleswig-holsteinischen Gedenkstätten geöffnet. 2019 könnten bereits die ersten Einrichtungen als „Zertifizierte Gedenkstätte“ ausgezeichnet werden. Trotz der Chance, sich im Rahmen einer bewährten Struktur den Herausforderungen einer zeitgemäßen Präsentation, Vermittlungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu stellen, sollten hier gerade die Ehrenamtlichen vor Ort behutsam mitgenommen und nicht durch „Fortbildungsdruck“ überfordert werden.

*Status: umgesetzt/dauerhaft in Umsetzung*

#### 11.) Kooperations- und Partizipationsstrukturen

Die Kooperation zwischen BGSCH und LAGSH hat sich bewährt und zeigt sich u.a. in gegenseitigem Sitzrecht in den entsprechenden Gremien und gemeinsamen Veranstaltungen wie etwa der jährlichen Landesgedenkstättentagung. Doppelstrukturen werden weitgehend vermieden: So versteht sich die BGSCH vorwiegend als Förderinstitution, während die LAGSH als Interessensgemeinschaft auftritt. Die LAGSH hat etwa auch – in Abstimmung mit der BGSCH – im Herbst 2017 eine „Fragebogenaktion zur Bestandsaufnahme von Gedenkstätten und Erinnerungsorten in Schleswig-Holstein“ durchgeführt mit Angaben zu Trägerschaft, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Öffnungszeiten, Besuchen, Förderung sowie zu den mittelfristigen Zielen. Beiden gemeinsam ist es, die dezentrale Gedenkstättenlandschaft über die bestehenden Kontakte lokal, regional und bundesweit eng miteinander zu vernetzen und alle Akteure gleichermaßen einzubinden. So ist der wissenschaftliche Mitarbeiter der BGSCH, Dr. Harald Schmid, auch Mitglied im Sprecherrat der LAGSH und übt diese Funktion ebenfalls in der bundesweiten Interessenvertretung "FORUMS der Landes-

arbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen in Deutschland" (<https://www.forum-lag.org>) aus.

Ein weiterer wichtiger Kooperationspartner ist der Landesbeauftragte für politische Bildung, der die Landesregierung und den Landtag in Grundsatzangelegenheiten der politischen Bildung unabhängig und überparteilich berät. Ende 2015 wurde Dr. Christian Meyer-Heidemann vom Schleswig-Holsteinischen Landtag auf der Grundlage eines fraktionsübergreifenden Antrags mit breiter Mehrheit für sechs Jahre gewählt. Seit Frühjahr 2017 gehört er dem Vorstand der BGSH an, hat gemeinsam mit der BGSH diverse Kooperationsveranstaltungen organisiert, insbesondere die im Themenfeld „Öffentlicher Dialog“ genannten Veranstaltungen im Landeshaus. Außerdem stellt der Landesbeauftragte Räumlichkeiten und Verteilerlisten zur Verfügung. Er bringt sich auch aktiv in die Vorüberlegungen zu einem länderübergreifenden Bundesantrag ein (siehe dazu das Themenfeld „Weitere Schwerpunkte und Projektförderungen“) inkl. der Abstimmung mit der Landeszentrale für politische Bildung in Mecklenburg-Vorpommern. Zu einer Fortsetzung des Freiwilligen Sozialen Jahr Kultur (FSJ) – wie im Landesgedenkstättenkonzept erwähnt – ist es bislang nur in Husum-Schwesing gekommen (siehe dazu auch das Themenfeld „Modernisierung von Gedenkstätten“), da die Betreuung vor Ort von Ehrenamtlichen nur in Teilen gewährleistet werden kann.

*Status: umgesetzt/dauerhaft in Umsetzung*

## 12.) Modernisierung von Gedenkstätten

In den vergangenen Jahren gelang es durch die Bereitstellung von investiven Landesmitteln diverse Gedenkstätten zu modernisieren. So konnte 2017 aus dem IKE-Programm des Kulturministeriums an der KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing ein „Haus der Gegenwart“ mit einer Förderung i.H.v. 183 T€ realisiert werden. Dort stehen impulsgebende und gegenwartsorientierte Fragen zu den Themen „Verfolgung von (Kriegs-)Verbrechen“, „Weiterleben mit der Geschichte“ und „Handlungsspielräume“ im Mittelpunkt. Eine zentrale Bedeutung kommt der neuen Außenausstellung zu, die von der Historikerin Nina Holsten(gwf-Ausstellungen, Hamburg) erarbeitet worden ist und sich der Vorgeschichte, der Lagergeschichte und der Nachgeschichte des KZ-Außenlagers Husum-Schwesing widmet.



© Thomas Lorenzen

Abb. 7: Haus der Gegenwart, Husum-Schwesing

Die künftigen Workshops sind von der dänisch-deutschen Kulturregion Sønderjylland-Schleswig zum Leuchtturmprojekt erklärt worden. Hinzu kommt eine Zusammenarbeit mit dem Museum Frøslev, die sich insbesondere auf die Erarbeitung eines gemeinsamen, zweisprachigen Curriculums für Schulklassen im Rahmen eines didaktischen Konzeptes konzentriert. In Vorbereitung ist die Veröffentlichung eines Themenheftes, das unter dem Stichwort „Grenzland“ auf der Homepage der Kulturakademie ([www.kulturakademie.de](http://www.kulturakademie.de)) heruntergeladen werden kann. Ein Besucherdienst, bestehend aus zwölf geschulten ehrenamtlichen Guides, steht für Führungen zur Verfügung, es gibt Audioguides in sechs Sprachen für das eigene Smartphone. Die Stiftung Nordfriesland als Träger der Einrichtung wird Einsatzstelle für das FSJ und dabei einen wesentlichen Stellenanteil für die Gedenkstättenarbeit vorsehen.

Auch aus dem IKE-Programm wurde 2016 die Sanierung der Heizungsanlage und eines Öltanks in Ahrensbök i.H.v. 5,0 T€ sowie 2015/16 ein Anbau an der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen i.H.v. 70,0 T€ gefördert. Das Dokumentenhaus wurde um einen neu angebauten Empfangsbereich ergänzt, in dem Besucherinnen und Besucher ausführlich informiert werden. Mit dieser Erweiterung kommt der ehrenamtliche Trägerverein den gestiegenen Anforderungen an einen außerschulischen Lernort nach.

Für das Haushaltsjahr 2019 sind einmalig weitere investive IMPULS-Mittel i.H.v. 500,0 T€ für die Gedenkstätten etatisiert, die insbesondere den Einrichtungen in Ahrensbök und Kaltenkirchen sowie dem Flandernbunker in Kiel zugutekommen

werden. Die formale Abwicklung wird über das MBWK organisiert, die BGSH wird die drei Einrichtungen insbesondere bei der Antragsberatung unterstützen.

*Status: umgesetzt/in Umsetzung*

### 13.) Weitere Schwerpunkte und Projektförderungen

Der im Landesgedenkstättenkonzept genannte, bereits damals absehbare Förderungsbedarf konnte in folgenden Projekten realisiert werden:

- Historische Grundlagenforschung: Die Gedenkstätte Gudendorf in Dithmarschen wird seit über 30 Jahren von der Initiative „Blumen für Gudendorf“ betreut. Nach Beratung durch die BGSH hat sich die Initiative entschlossen, die Grundlagenforschung zur Geschichte und Nachgeschichte des früheren Lagers für sowjetische Kriegsgefangene professionell bearbeiten zu lassen. Ziel des Projektes ist es, in Gudendorf auf der Basis eines gesicherten Forschungsstandes und einer entsprechenden Veröffentlichung erste Schritte gedenkstättenpädagogischer Arbeit zu entwickeln.
- Archivierung: Das Thema wurde im Rahmen der LAGSH-Fortbildungen ausführlich behandelt. Darüber hinaus bringt Prof. Dr. Dr. Rainer Hering, Leiter des Schleswig-Holsteinischen Landesarchivs, als Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates sein Know-how ein und hat angeboten, Sammlungen komplett oder in Teilen ins Landesarchiv zu übernehmen.
- Gedenkstättenführer: Der wissenschaftliche Mitarbeiter der BGSH hat eine Projektskizze für einen Gedenkstättenführer unter dem Titel „Gedenkstätten und Erinnerungsorte zur Geschichte des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Wegweiser und Bildungsangebote“ vorgelegt, die Veröffentlichung ist für das 2. Quartal 2019 geplant. Entsprechende Projektmittel für das rund 70 Seiten umfassende Druckwerk mit einer Auflage von 5.000 Stück sind in den Wirtschaftsplan der BGSH eingestellt. Ebenso ist der Relaunch der Website [www.gedenkstaetten-sh.de](http://www.gedenkstaetten-sh.de) geplant.
- Antrag auf Projektförderung mit Bundesbeteiligung: In der Nachfolge der im Rahmen der Modernisierung Ladelunds gemachten Erfahrungen ist voraussichtlich für 2020 an die Beantragung weiterer Bundesmittel zum Cap-Arcona-Gedenken gedacht. Das Gedenken der „Cap-Arcona-Katastrophe“ vom 3. Mai 1945 wird seit Jahrzehnten an mehr als einem halben Dutzend Orten sowohl

in Schleswig-Holstein als auch in Mecklenburg-Vorpommern gepflegt. Seit 2016 ist die BGSH an Vorüberlegungen, Workshops und der Erarbeitung von Projektideen federführend beteiligt. Zurzeit sind drei unterschiedlich finanzierte und zugeschnittene Module geplant:

- 1.) eine neue Dauerausstellung im Museum Cap Arcona in Neustadt/Holstein als Zentrum der Gedenkregion (Antrag SH auf Projektförderung bei BKM aus der Bundesgedenkstättenförderung mit anteiliger Landesbeteiligung);
- 2.) die räumliche Erschließung sowie die digitale und schulische Vernetzung der Gedenkregion (Finanzierung aus Gedenkstättenmitteln der beiden Länder SH und MV);
- 3.) eine jährliche Summer School für Jugendliche und junge Erwachsene an wechselnden Orten in beiden Ländern als Geschichts- und Zukunftswerkstatt (Antrag auf Projektförderung aus dem Programm „Jugend erinnert“ mit hundertprozentiger Bundesfinanzierung).

Zudem wird die BGSH voraussichtlich im April 2019 eine internationale Forschungstagung zum Cap-Arcona-Komplex organisieren.

*Status: in Umsetzung*

#### 14.) Desiderate

Im Landesgedenkstättenkonzept wurde eine weitergehende Beschäftigung mit folgenden Themenbereichen gewünscht:

- Exil und Widerstand gegen die NS-Diktatur:

Zum Widerstand können die beiden Gedenkstätten in Lübeck genannt werden. Seit 2013 gibt es in der katholischen Propsteikirche Herz Jesu in Lübeck eine Gedenkstätte für die Lübecker Märtyrer, insbesondere zu Leben, Wirken und Vermächtnis der drei katholischen Kapläne Johannes Prassek, Hermann Lange und Eduard Müller. Die Gedenkstätte der evangelischen Lutherkirche beschäftigt sich in einer Ausstellung anhand der Geschichte der Gemeinde und ihres Pastors Karl Friedrich Stellbrink mit dem überkonfessionellen Widerstand der Geistlichen. Die Gedenkstätte hat 2018, als sich die Hinrichtung der vier Lübecker Märtyrer zum 75. Mal jährte und die Deutsche Post zu diesem

Anlass eine Sonderbriefmarke herausgab, einen Katalog inkl. CD-ROM veröffentlicht, beide maßgeblich von der BGSH finanziert.



Abb. 8: Briefmarke Lübecker Märtyrer

- Aspekte der „Verführungskraft“ und „Volksgemeinschaft“:

Im Mittelpunkt des geplanten Historischen Lernortes Neulandhalle sollen nach den Überlegungen von Prof. Dr. Uwe Danker die nationalsozialistischen Konzepte von Lebensraum und Volksgemeinschaft stehen. In diesem Zusammenhang hat im Mai 2015 eine Tagung der Europa-Universität Flensburg und des IZRG im Landesarchiv Schleswig stattgefunden unter dem Titel „Vermittlungspotenzial der ‚NS-Volksgemeinschaft‘ – Der fachdidaktische Gehalt eines wissenschaftlichen Analysekonzepts“. Zudem hat Kulturministerin Karin Prien Ende Juni 2018 den Wissenschaftspreis der BGSH<sup>6</sup> an Martin Göllnitz für seine Dissertation über die Handlungsmöglichkeiten studentischer Funktionäre sowie die Beziehungen zwischen studentischem Funktionärskorps, Hochschulbehörden und nationalsozialistischen Staats- und Parteistellen an der „NS-Musteruniversität“ Kiel von 1927 bis 1945 verliehen.

- Gesamtdarstellung zum Nationalsozialismus und dessen Nachgeschichte:

Ein Überblick ist – wie im Themenfeld „Didaktische Landeskonzeption“ dargestellt – im geplanten Haus der Landesgeschichte zu erwarten. Der Nachgeschichte wurde bereits – ebenfalls dort vorgestellt – von Seiten des Landtages nachgegangen. Den Wissenschaftspreis der BGSH 2016 erhielt Claudia Kuhn für ihre Masterarbeit mit dem Titel „Ermittlungen eingestellt“, in der sie sich mit

<sup>6</sup> Die BGSH würdigt mit dem Preis, der mit 2,0 T€ dotiert ist und alle zwei Jahre vergeben wird, herausragende wissenschaftliche Arbeiten primär jüngerer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich etwa in Examensarbeiten, Dissertationen oder in regionalen Publikationen mit der Geschichte des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein und der Erinnerung an diese Zeit auseinandersetzen.

der schleswig-holsteinischen Schlusstrichpraxis in NS-Verfahren der 1960er Jahre auseinandersetzte.

*Status: in Umsetzung*

## **b.) Fazit**

Das Landesgedenkstättenkonzept beabsichtigte als Hauptziel, die Gedenkstätten und ihre gesellschaftlich wertvolle Arbeit nachhaltig zu stärken. Dies ist in den vergangenen vier Jahren in nahezu allen Themenfeldern gelungen. Die vorgegebenen Rahmenbedingungen, die Definition von Förderschwerpunkten und transparenten Förderkriterien sowie von mittelfristigen Entwicklungsperspektiven unterstützten die Professionalisierung und funktionierten als Orientierungsbasis und Integrationselement für alle Akteure. Die Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein haben insbesondere an der Schnittstelle von Schule und Kultur wesentlich zur Persönlichkeitsentwicklung, Diskursfähigkeit und Demokratiebildung der Besucherinnen und Besucher beigetragen und fungieren verstärkt als Orte des Dialogs, der Begegnung und der politischen Bildung. Die BGSH wurde als organisatorisches Zentrum des schleswig-holsteinischen Netzwerkes von Gedenkstätten und Erinnerungsorten gestärkt und wirkt in dieser Eigenschaft informierend, beratend und vernetzend in die Fläche.

Das Landesgedenkstättenkonzept wurde nach der Veröffentlichung ständig weiterentwickelt, die Gedenkstätten- und Erinnerungskultur wird von Politik und Verwaltung, von BGSH und LAGSH, von Haupt- und Ehrenamtlichen<sup>7</sup>, von Schule und Bildungspartnern mit Leben erfüllt. Die Gedenkstättenzene lebt im besten Sinne vor, was es heißt, für unsere Demokratie einzustehen, nicht andere, sondern sich selbst in die Verantwortung zu nehmen und in die Gesellschaft hineinzuwirken.

---

<sup>7</sup> Die Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements zeigte sich Ende 2017 auch, als dem Vorstandsvorsitzenden des Vereins „Mahnmal Kilian“ e.V. und zudem Mitbegründer und Vorstandsmitglied der LAGSH, Dr. Jens Rönnau, das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen wurde. Auch zum Neujahrsempfang des Bundespräsidenten wurden mehrfach engagierte Ehrenamtliche eingeladen.

### III. Ausblick

Für die nächsten Jahre sind bereits – wie zuvor dargestellt – konkrete Projekte geplant wie etwa die Modernisierung weiterer Gedenkstätten aus dem IMPULS-Programm, insbesondere Ahrensbök, Kaltenkirchen und Flandernbunker Kiel, die Veröffentlichung eines Gedenkstättenführers, die Weiterentwicklung der KZ-Gedenkstätte in Kaltenkirchen zum außerschulischen Lernort, die Museumszertifizierung, die Konzeption des Historischen Lernortes Neulandhalle, die Ausarbeitung der Projektidee eines länderübergreifenden Cap-Arcona-Gedenkens und die Fortschreibung der Kontraktförderung für die BGSH.

Darüber hinaus hat das MBWK 2019 zum „Jahr der politischen Bildung“ im Hinblick auf 70 Jahre Grundgesetz und 30 Jahre Mauerfall ausgerufen. Der Landtag hat die Landesregierung daraufhin gebeten, ein Konzept zur nachhaltigen Demokratiebildung und verstärkten politischen Bildung an Schulen zu erstellen, in dem auch eine enge Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten und der Erinnerungskultur gewünscht wird. Geplant ist, mehr junge Menschen für eine Beteiligung an demokratischen Prozessen zu gewinnen und für ein verstärktes Engagement für die Demokratie zu werben. Politische Bildung in der Schule wird in diesem Sinne als Querschnittsaufgabe verstanden, als fächerübergreifende Demokratiebildung. Maßnahmen dazu sind u.a. die Überarbeitung der Fachanforderungen für den Politikunterricht und ein landesweiter Projekttag zum 23. Mai, dem Jahrestag des Inkrafttretens des Grundgesetzes. Des Weiteren sollen überarbeitete Unterrichtsmaterialien neue pädagogische Impulse setzen, soll die Demokratiebildung schon in der Lehrerbildung gestärkt sowie neue Veranstaltungs- und Lernformate eingeführt werden. Eine Arbeitsgruppe Gedenkstätten und Schulen wurde in Kooperation mit dem IQSH und der CAU eingerichtet, die BGSH ist beteiligt.

In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass der Landesbeauftragte für politische Bildung gemeinsam mit dem Sozial- und Jugendministerium ein Konzept zur Demokratie-Erziehung entwickelt und die Kultusministerkonferenz (KMK) bundesweit dazu aufgerufen hat, in jedem Jahr am „Schicksalstag“ 9. November einen Projekttag in den Schulen zu veranstalten, um sich intensiver mit der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert auseinanderzusetzen und einen wertvollen Beitrag zur Demokratieerziehung zu leisten.



Darüber hinaus sieht das Konzept des MBWK zu den Fachberaterinnen und Fachberatern für Kulturelle Bildung im Rahmen einer entsprechenden Verzahnung mit den Fortbildungsstrukturen des IQSH ab September 2019 landesweit auch die Mitwirkung bei der Entwicklung von neuen Konzepten der Erinnerungskultur und die Kooperation mit den Gedenkstätten vor.

Als materieller Kern der Erinnerungskultur werden die Gedenkstätten auch in den Arbeitsgruppen Kulturelles Erbe und Kulturelle Bildung des fortgesetzten Kulturdialogs eine wichtige Rolle spielen.

Für 2019 plant die BGSH, erstmals unter dem Motto „Wie wollt Ihr Euch erinnern?“ einen Jugendwettbewerb durchzuführen. Jährlich im Wechsel mit dem Wissenschaftspreis ausgeschrieben, werden Preisgelder i.H.v. insgesamt 2,0 T€ bzw. 3,0 T€ ausgelobt. Die Jugendlichen können einen historischen, aktuellen, dokumentarischen oder künstlerischen Ansatz wählen, der sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, der Erinnerung an diese Zeit in Schleswig-Holstein

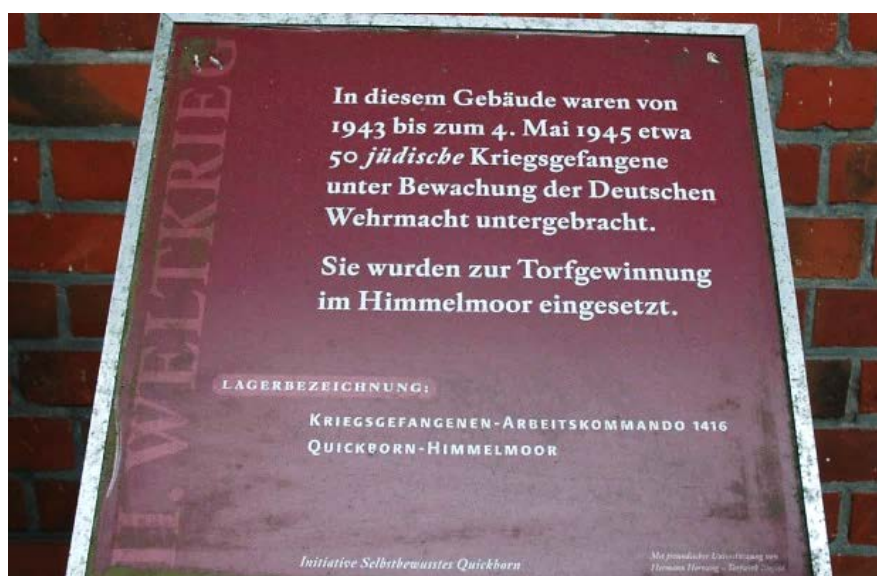
oder mit der heutigen Vermittlung beschäftigt. Das Wettbewerbsthema kann von den Jugendlichen auf zwei unterschiedlichen Wegen umgesetzt werden: in den Bereichen Text oder Medien.

Zudem ist eine Kooperation zwischen LAGSH und dem Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holstein geplant.

In Lübeck ist es der LAGSH gelungen, im Rahmen der Vorbereitung einer Regionalkonferenz die Initiierung des „Forums Erinnerungskultur Lübeck“ anzustoßen. Die neue Vereinigung präsentiert sich erstmals am 30. Januar 2019 öffentlich mit einer, von der BGSH kofinanzierten Vortrags- und Diskussionsveranstaltung zu europäischen Erinnerungskulturen. Die LAGSH hat sich auch der Ende 2018 auf der 7. Bundesweiten Gedenkstättenkonferenz verabschiedeten Resolution „Gedenkstätten zur Erinnerung an die NS-Verbrechen in Deutschland rufen auf zur Verteidigung der Demokratie“ angeschlossen.

Konkret wird in 2019 auch die Konzeption der Gedenkstätte Henri-Goldstein-Haus in Quickborn, das im Landesgedenkstättenkonzept bereits Erwähnung fand, vorangetrieben werden. Im Quickborner Himmelmoor wurden während des Zweiten Weltkriegs rund 50 jüdische Kriegsgefangene zum Torfstechen gezwungen. Das MBWK

wird den angemessenen Erhalt der authentischen Gebäude unter Denkmalschutzaspekten und das angemessene Gedenken im Rahmen der schleswig-holsteinischen Gedenk- und Erinnerungskultur, möglichst in öffentlicher Trägerschaft inkl. einer regelmäßigen Zugänglichkeit des Geländes für die interessierte Öffentlichkeit, begleiten (siehe hierzu auch die Kleine Anfrage der Abgeordneten Beate Raudies (SPD) und Antwort der Landesregierung: Einrichtung einer Gedenkstätte im ehemaligen Torfwerk Himmelmoor in Quickborn, Drs. [19/1043](#)).



© Wahlkreisbüro MdL Beate Raudies

Abb. 9: Gedenktafel am Henri-Goldstein-Haus Quickborn

Ab 2019 wird auch ein Förderprogramm der Bundesregierung unter dem Motto „Jugend erinnert“ aufgelegt. Bis 2021 ist eine Gesamtfördersumme von 12 Millionen Euro (2019: 2.000,0 T€, 2020: 5.000,0 T€, 2021: 5.000,0 T€) vorgesehen, die Gedenkstätten können direkt bei der BKM eine Förderung für maximal drei Jahre beantragen, inklusive Personalmittel. Die BGSH wird Antragstellungen beratend und unterstützend begleiten und im Rahmen des Cap-Arcona-Gedenkens eigenständig vorantreiben (siehe dazu auch Themenfeld „Weitere Schwerpunkte und Projektförderungen“).

Im Rahmen der Feierlichkeiten zum Jubiläumsjahr „100. Jahr der Volksabstimmungen von 1920“ wird über die Landesgrenzen hinweg auch über die Weiterentwicklung der Einrichtung auf dem Knivsberg zu einer „Gedenkstätte des Friedens“ nachgedacht. Auch hier ist die BGSH beteiligt. Des Weiteren ist in Oksbøl nördlich von Esbjerg ein neues internationales Flüchtlingsmuseum geplant. Hier waren nach dem Zweiten Weltkrieg über 35.000 deutsche Flüchtlinge interniert, knapp 2.000 Deutsche

wurden auf dem Friedhof des Lagers begraben. Von beiden Projekten sind Anknüpfungspunkte für die schleswig-holsteinische Erinnerungskultur zu erwarten.

Auch mit Blick auf den 75. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges 2020 zeigt dieses Aufgabenspektrum, dass dringend mehr Personal erforderlich ist. Das ehrenamtliche Engagement kann dies auf Dauer nicht leisten und muss mit mehr Hauptamtlichkeit und kommunalen Beteiligungen unterstützt werden. Die nachfolgenden Generationen haben andere Erwartungen an die Gedenkstättenpolitik, diesen Generationswechsel gilt es inhaltlich und finanziell zu begleiten und zu gestalten.